

Eine schleichende Gefahr

Die Regierung hat den Bericht der Fachgruppe Rechtsradikalismus zur Kenntnis genommen

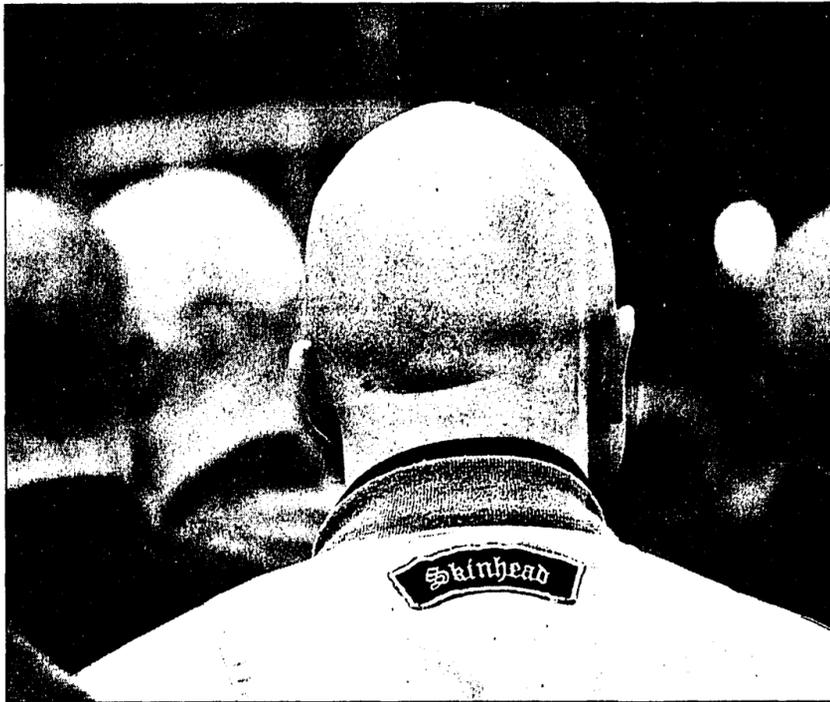
Rechtsextremismus ist auch in Liechtenstein ein aktuelles Thema. Ausländerfeindliche Strömungen sind da, eine Tatsache, die nicht zu verharmlosen ist. Die Regierung betont, dass sie sich diesem Problem stelle und die dazu erforderlichen Massnahmen getroffen habe. Sie hat den jüngsten Bericht der Fachgruppe Rechtsradikalismus der Landespolizei zur Kenntnis genommen.

Janine Köpfl

Neben dem Beitritt zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form der Rassendiskriminierung verabschiedete der Landtag Ende letzten Jahres das Anti-Rassismus-Gesetz. Damit werden rassistische Propaganda, rassistische Angriffe auf die Menschenwürde sowie die Beteiligung an rassendiskriminierenden bzw. rassistischen Vereinigungen unter Strafe gestellt. Das blosse Auftauchen rechtsradikaler Gruppierungen in der Öffentlichkeit oder beispielsweise das Tragen von aufgenähten Nazisymbolen ist gemäss diesem Gesetz nicht strafbar.

Gezielte Zusammenarbeit

Die Tendenz im Bereich des Rechtsextremismus thematisierten auch die Innenminister der Alpenländer - darunter auch der liechtensteinische Innenminister - im September an ihrer Konferenz in Konstanz. In einer gemeinsamen Erklärung gaben sie ein klares Bekenntnis zur Bekämpfung der fremden-



Auch in Liechtenstein ist Rechtsradikalismus ein Thema. Die Regierung betont, dass sie sich diesem Problem stelle und die dazu erforderlichen Massnahmen getroffen habe. (Archivbild)

feindlichen Tendenzen ab. «Rechtsextreme Tätigkeiten sind sehr grenzüberschreitend. Aus diesem Grund ist eine Zusammenarbeit in der Region notwendig», erklärte Regierungschef-Stellvertreter Michael Ritter im Pressegespräch am Dienstag. Diesbezüglich wurde zwischen den Sicherheitsbehörden Baden-Württembergs, Bayerns, Österreichs, der Schweiz, Liechtensteins und dem Bundesgrenzschutz am 19. Oktober eine Absprache getroffen. Ziel ist eine intensiviertere, grenzüberschreitende Bekämpfung von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere bezüglich

Gewalt, Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in der Bodenseeregion. Die Zusammenarbeit funktioniert gut, so Michael Ritter.

Fachgruppe für Rassismus

Die Landespolizei ist angewiesen, die Entwicklung im Bereich des Rechtsradikalismus genau zu beobachten, rechtsradikalen Vorkommnissen konsequent nachzugehen sowie alle Massnahmen zu treffen, um rechtsradikalen Aktivitäten vorzubeugen. Die Polizei hat eine permanente Fachgruppe für Rassismus eingerichtet, die mit Schulen und verschiedenen

Ämtern in Kontakt steht, um so in dieser Sache auf dem Laufenden zu bleiben. Daneben gibt es eine ämterübergreifende Koordinationsgruppe, in der neben der Landespolizei auch Vertreter des Amtes für Soziale Dienste, des Schulamtes, des Amtes für Berufsbildung sowie der Vereinigung Jugendarbeiter in Liechtenstein Einsitz nehmen. Regelmässig lässt die Fachgruppe der Regierung Informationen über die Jugendarbeit, die Situation an den Schulen und die Tätigkeit der Koordinationsgruppe zukommen. Im abgelaufenen Berichtsjahr seien keine schwerwiegenden Ausschreitungen

verzeichnet worden, alles in allem habe sich die Situation bezüglich Rechtsradikalismus nicht verschärft, berichtete Michael Ritter.

Skins machen auf sich aufmerksam

Dass die Rechtsextremen jedoch in voller Montur und in Gruppen vermehrt an liechtensteinischen Veranstaltungen erscheinen, verunsichert auch die Jugendlichen und macht ihnen Angst. Dies bekräftigten die jungen Leute vergangenen Samstag am 3. Jugendforum zum Thema Ausländerpolitik. Sie zeigten sehr deutlich, dass sie sich an der rechten Szene im Land stören und nicht wollen, dass das Ganze verharmlost wird. «Viele sehen es und ignorieren es einfach. Es ist schon jetzt eine Akzeptanz da, denn es sind so wenige, die sich dagegen auflehnen», bemerkte ein Junge aus der Diskussionsrunde. Aufgenähte Nazisymbole auf Bomberjacken, Springerstiefel, geschorene Köpfe - die Skins machen auf sich aufmerksam und das so selbstbewusst, wie schon lange nicht mehr. «Sie zeigen sich in der Öffentlichkeit. Gera-

de dort sehe ich die Gefahr, dass sich die Symbole schleichend in den Köpfen der Leute festsetzen und wieder alltäglich werden», meinte Jules Hoch, Chef der Kriminalpolizei und Gastreferent am 3. Jugendforum in Schaan.

Problem verharmlost?

Die Aussagen von Jules Hoch und Michael Ritter scheinen sich zu widersprechen. Der Chef der Kriminalpolizei betonte am 3. Jugendforum ganz klar, dass eine Gefahr von der rechten Szene ausgehe, die nicht zu unterschätzen sei, gerade weil sie so schleichend komme. Es käme immer wieder zu Konflikten zwischen rechtsradikalen Gruppierungen und Ausländern, Körperverletzungen seien dabei keine Seltenheit. Michael Ritter spricht hingegen davon, dass sich die Situation bezüglich Rechtsradikalismus im letzten Jahr nicht verschärft habe. Weshalb unterscheiden sich die Aussagen des Vizeregierungschefs und des Chefs der Kriminalpolizei so grundlegend? Verharmlost die Regierung etwa das Problem Rechtsextremismus in Liechtenstein?



Regierung vertagt endgültigen Entscheid

Postulat zur Übernahme komplementärmedizinischer Leistungen

Die Regierung verschiebt den Entscheid, ob komplementärmedizinische Leistungen und Heilmittel in die Grundversicherung übernommen werden sollen. Dies gab Vizeregierungschef Michael Ritter (Bild) am Pressegespräch bekannt. Die Leistungskommission, die mit dem neuen KVG eingesetzt wurde, soll sich damit befassen.

Alexander Batliner

Die Regierung wurde in einem Postulat beauftragt, zu prüfen, ob komplementärmedizinische Leistungen und Heilmittel in die Grundversicherung übernommen werden und diese durch die obligatorische Krankenversicherung vergütet werden können, sofern sie von Ärztinnen und Ärzten erbracht werden. Nun hat die Regierung dieses Postulat beantwortet, und den diesbezüglichen Entscheid vertagt. Diese Thematik soll in der sogenannten Leistungskommission, die mit dem neuen Krankenversicherungsgesetz eingeführt worden ist, umfassend abgeklärt und diskutiert werden. Dabei sei empfehlenswert, so Vizeregierungschef Michael Ritter, sich an der bestehenden Regelung in



der Schweiz zu orientieren und die dortigen Erfahrungen oder Auswirkungen bei der Prüfung einer liechtensteinischen Lösung entsprechend zu berücksichtigen. In der Schweiz würden diese Leistungen von der Krankenkasse übernommen, sofern sie von speziell ausgebildeten Ärzten verordnet und ausgeführt wird.

Preisanstieg

Vizeregierungschef Michael Ritter betonte zudem, dass die Aufnahme komplementärmedizinischer Leistungen in die Grundversicherung zu einem Kostenanstieg, der auf die Versicherten überwälzt werden würde, führen wird. Es liege auf

der Hand, so das Regierungsmitglied, dass mehr Leistungen mehr Kosten verursachen würden. Diese müssten schliesslich auch bezahlt werden. Die Regierung sei sich allerdings bewusst, dass die Aufnahme komplementärmedizinischer Leistungen in den Grundleistungskatalog der Krankenkassen ein Bedürfnis darstelle. «Wie bereits mehrfach geäußert, steht die Regierung einer solchen Aufnahme trotz damit verbundenen Mehrkosten nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber», so Michael Ritter.

Medikamentenpreise

Die Schweizer «SonntagsZeitung» veröffentlichte letzten Sonntag einen Bericht über den Anstieg der Medikamentenpreise, welche ebenfalls zu einer Kostensteigerung und somit zu einer Prämienhöhung führen wird. Durch den Zollvertrag werden die Preise für Medikamente auch in Liechtenstein steigen, was unter normalen Umständen auch in Liechtenstein zu einer Prämienhöhung führen wird. Dies wollte Michael Ritter so nicht gelten lassen. Die Medikamentenpreise würden nur 17 Prozent der Kosten ausmachen. Deshalb wisse man noch nicht, was genau daraus resultiere.

Änderung nur, wenn bessere Lösung gefunden wird

Obligatorische Unfallversicherung: Interpellation beantwortet

«Man soll Bewährtes nur über den Haufen werfen, wenn man etwas Besseres hat.» Mit diesen Worten, bei denen man froh wäre, sie hätten für die Telefonie Geltung, legte Vizeregierungschef Michael Ritter den Regierungschef bezüglich der Interpellationsbeantwortung betreffend die obligatorische Betriebs- und Nichtbetriebsunfallversicherung dar.

Alexander Batliner/pafj

Die Regierung nimmt die Interpellation zum Anlass, die Grundzüge des Systems der obligatorischen Unfallversicherung im Fürstentum Liechtenstein (OUFL) kurz darzustellen. In der Folge werden die aufgeworfenen Fragen beantwortet und es wird insbesondere auf die von den Interpellanten vertretene Auffassung eingegangen, dass eine Liberalisierung der OUFL zu enormen Einsparungen und damit zu beträchtlichen Prämienreduktionen führe.

Nicht zur alten Regelung zurück

Mitte der 80er Jahre war auf Initiative von Gewerbetreibenden festgestellt worden, dass das

damalige liberale System (insbesondere die Tariffreiheit) in der OUFL nicht gut funktioniere und insbesondere Kleinunternehmen benachteilige. Man wechselte daher seinerzeit zu einem geschlossenen Finanzierungssystem mit Einheitstarif, bei dem die Behörden mittels Tarifkontrolle und -genehmigung die Versicherten vor überhöhten Prämien schützen sollten. Das OUFL-System führte in der Vergangenheit stets zu niedrigeren Prämien als etwa in der Schweiz. Die Regierung ist nicht grundsätzlich gegen eine Liberalisierung der OUFL. Es dürfe aber nicht so sein, dass man Bewährtes über den Haufen werfe, ohne eine bessere Lösung zu haben. Das heutige System sei sicher verbesserungswürdig, die bessere Lösung müsse aber zuerst gefunden werden. Sie hat daher vor einiger Zeit eine Arbeitsgruppe für die Überprüfung des heutigen OUFL-Systems und die Ausarbeitung von Verbesserungsmöglichkeiten eingesetzt. Diese Prüfung beinhaltet insbesondere auch eine mögliche Liberalisierung. Die Arbeitsgruppe hat der Regierung bis Ende November 2000 Bericht zu erstatten, vor allem auch zur Frage der Kündigung des OUFL-Durchführungsvertrages.

Nach Auffassung der Regierung darf jedenfalls nicht ohne weiteres der Schluss gezogen werden, dass allein infolge einer Liberalisierung schon zwingend mit einer allgemeinen Kosten- bzw. Prämienenkungen gerechnet werden kann. Ein solcher Schritt will sehr gut überlegt und geplant sein. Die in der Interpellation genannten Einsparungen in Millionenhöhe dürften jedenfalls unrealistisch sein. Die Regierung wird vor einer Liberalisierung genau die Auswirkungen eines solchen Schritts, insbesondere auf die kleineren Unternehmen, prüfen.

REKLAME

DEGUSTATION
bis 04. November 2000
Di-Fr. von 16.00-20.00 Uhr
Sa. von 10.00-16.00 Uhr
• portwein
• sherry
LEANDER'S WEINLADEN
Schaan • Tel.: +423/232 40 90